



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 71 - Plenarwoche 19. - 23. Mai 2008

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen: Agrarsubventionen

In dem am Dienstag von der EU-Kommission vorgelegten Gesetzesvorschlag zur Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik ab 2009 schlug die Kommission weniger Subventionskürzungen für die Landwirte vor als ursprünglich geplant. Die Betriebsprämien sollen in den kommenden vier Jahren um maximal 17% statt 45 % gekürzt werden. Die frei werdenden Finanzmittel sollen in die Entwicklung des ländlichen Raumes fließen. Große Abstriche hinnehmen müssten Betriebe, die heute mehr als 300.000 € jährlich an Fördermitteln bekommen. Hinzu käme für alle Empfänger von Subventionen über 5.000 € noch die jährliche Umschichtung von 5% der Prämiensumme, wie es bereits praktiziert wird. Für die deutsche Landwirtschaft hieße dies eine Kürzungen in Höhe von rund 425 Mio. € im Jahr 2012. Die im November 2007 vorgestellten Pläne der Kommission hätten dagegen zu rund 750 Mio. € weniger für die deutschen Bauern geführt. Das Europäische Parlament hatte eine wesentliche deutlichere Abschwächung bereits im März 2008 gefordert. Es wird sich auch mit diesem Vorschlag beschäftigen. Die Landwirte benötigen die Mittel, um auch künftig die weltweit höchsten Standards bei Lebensmittelsicherheit, Umwelt- und Tierschutz erfüllen und im weltweiten Wettbewerb bestehen zu können. Weiter sieht der Gesetzesvorschlag die Abschaffung der Flächenstilllegung vor, denn das maximale Produktionspotential soll in Europa ausgeschöpft werden.

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Schädigung der Umwelt wird unter Strafe gestellt

Das EP hat mit dem Ziel des wirksameren Schutzes der Umwelt die Richtlinie "über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt" verabschiedet. Danach werden alle EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, vorsätzlich oder grob fahrlässig begangene Handlungen, die die Umwelt schädigen, unter Strafe zu stellen. Der rechtswidrige Verstoß gegen in einem Anhang festgelegte Gesetze begründet eine Strafbarkeit. Dazu zählen die Tötung, Zerstörung, Besitz und Entnahme von Exemplaren geschützter wildlebender Tier- oder Pflanzenarten. Ebenso fallen darunter Herstellung, Bearbeitung, Besitz, Ein- und Ausfuhr von Kernmaterial oder anderen radioaktiven Stoffen. Straftaten sind auch die erhebliche Schädigung eines Lebensraums innerhalb eines geschützten Gebiets sowie Produktion, Ein- und Ausfuhr, Inverkehrbringen oder Verwendung von Stoffen, die zum Abbau der Ozonschicht beitragen. Auch Anstiftung und Beihilfe werden unter Strafe gestellt.

2. Initiativbericht Verbraucherschutz

In einem Bericht über die verbraucherpolitische Strategie der EU 2007-2013 fordert das EP, den Erwartungen und Belangen der Bürger stärker entgegenzukommen. Grenzüberschreitende Käufe in der EU sollen erleichtert werden. Verbraucher sollen im Hinblick auf Preis, Qualität und Vielfalt unter den besten Optionen auswählen können. Darüber hinaus unterstrich das EP die wichtige Rolle des elektronischen Handels für die Stärkung des Wettbewerbs, welcher sich besonders für die

Finanz-, Banken- und Versicherungsmärkte anbietet. Da Unsicherheiten bei den Verbraucherverträgen zu den größten Hindernissen bei der Entwicklung eines EU-Binnenmarktes für Einzelhandelsgeschäfte gehören, unterstützten die Abgeordneten die Einführung von Standardverträgen und standardisierten Bedingungen für online abgeschlossene Verträge, die in sämtlichen Mitgliedstaaten die gleiche Rechtskraft haben sollen.

3. Neue EU-Tiergesundheitsstrategie

Die Tiergesundheit hat unmittelbare Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und ist von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Die Abgeordneten unterstützten daher die neue Tiergesundheitsstrategie im Hinblick auf wirksamere Schutzmechanismen und Krisenvorsorge der EU für den Fall eines erneuten Seuchenausbruches. Außerdem sprach sich das EP für ein Verbot des Klonens von Tieren zu wirtschaftlichen Zwecken aus. Die Abgeordneten forderten des Weiteren Notimpfungen für Tiere, betonten dabei aber auch, dass ein effektives Impfsystem nur dann errichtet werden kann, wenn ein freier Verkehr von geimpften Tieren möglich ist und wenn gegenüber den Haltern geimpfter Tiere Einkommensgarantien abgegeben werden, da diese Probleme haben könnten, Produkte zu verkaufen, die von geimpften Tieren stammen. Teil der Tiergesundheitsstrategie sollen auch eine elektronische Kennzeichnung zur Kontrolle der Tiergesundheit.

4. Meerespolitik der Europäischen Union

Auf Basis des im Oktober 2007 durch die EU-Kommission vorgelegten Aktionsplans stimmte das EP über die Meerespolitik der Europäischen Union ab. Ein bedeutender Aspekt der Meerespolitik ist die Verringerung der Schadstoffemissionen der Schifffahrt. Die Abgeordneten betonten, dass eine angemessene Beteiligung des Schiffsverkehrs am Emissionshandel notwendig ist. Um die Bedeutung der Meerespolitik zu erhöhen, forderten die Abgeordneten die Einrichtung eines jährlichen „Europäischen Tags der Meere“. Ein solcher Aktionstag sollte genutzt werden, um die Bedeutung der Meerespolitik zum Beispiel durch Aktionen an Schulen zu unterstreichen.

5. Klimawandel

Prognosen zufolge sind 20 bis 30% aller Arten verstärkt vom Aussterben bedroht, wenn die Temperatur um 1,5 bis 2°C steigt. Dieser Anteil erhöhe sich bei einem Temperaturanstieg um 3,5°C auf 40 bis 70%. Ein möglichst geringer Klimawandel ist folglich für den Schutz der Artenvielfalt auf der Welt und die Aufrechterhaltung der Wirkung von Ökosystemen von entscheidender Bedeutung.

Für Europa sind durch den Klimawandel schwindende Gletscher, längere Vegetationsperioden, Verlagerungen der Lebensräume von bestimmten Arten und Auswirkungen auf die Gesundheit infolge von Hitzewellen zu erwarten. Das EP warnte daher in dieser Woche vor gravierenden Folgen, wenn nicht zügig Maßnahmen getroffen werden, um die Zunahme der Emissionen von CO₂ und anderen Treibhausgasen zu verlangsamen oder zum Stillstand zu bringen. Alle Bemühungen müssen darauf abzielen, deutlich unter dem Zielwert von 2° C zu bleiben, weil schon dieses Erwärmungsniveau unsere Lebensweisen erheblich beeinträchtigen würde.

III. Weitere Themen waren

- Verordnung zum Gütertransport
- Exportverbot von Quecksilber und Quecksilber-Verbindungen
- Zugang zu Satellitenmobilfunkdiensten
- Überarbeitung der beschäftigungspolitischen Leitlinien
- Lizenzen für grenzüberschreitenden Busverkehr / Zulassung von LKW-Fahrern

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://eur-lex.europa.eu/>
